

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 ppbn d

Inhalt

Dr. Hermann Scheer MdB
zum Moskau-Besuch Kohls:
Vom Westen nichts neues.
Seite 1

Horst Sielaff MdB zum Um-
gang der Union mit einem
brennenden menschlichen
Problem: Profilierung auf
dem Rücken der Aussiedler.
Seite 3

Dr. Heidi Streletz MdL zur
EG-Richtlinie „Analyse des
menschlichen Genoms“: Die
Züchtung von Menschen darf
nicht sein.
Seite 4

Hedda Jungfer MdL zum
Umgang Bayerns mit Asyl-
bewerberinnen, die Kinder
haben: Von staatswegen
Mütter zweiter Klasse.
Seite 5

Dokumentation
Hamburger Bürger und Or-
ganisationen haben aus An-
laß des 50. Jahrestages der
Reichspogromnacht einen
Aufruf verabschiedet, den
wir im Wortlaut dokumen-
tieren.
Seite 6

43. Jahrgang / 207

27. Oktober 1988

Kohl in Moskau: Vom Westen nichts neues

Der Bundeskanzler hat die Frage der Abrüstung der Kurzstrecken-
raketen sorgsam ausgeklammert

Von Dr. Hermann Scheer MdB

Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages
Vorsitzender der Arbeitsgruppe Abrüstung und Rüstungskontrolle
der SPD-Fraktion

Daß sich Bundeskanzler Kohl darum bemüht, den Moskau-Besuch als großen persönlichen Erfolg hinzustellen, ist sein gutes Recht. Aber in Moskau ist aufgrund der intensiven Bemühungen Gorbatschows um eine vertrauensvolle internationale Partnerschaft das herausgekommen, was ohnehin von der Sowjetunion angeboten worden ist: die Ergebnisse wurden auf dem Tablett serviert.

Auch ein Zaunpfahl als Bundeskanzler wäre mit denselben sachlichen Resultaten zurückgekehrt.

Die eigentlich interessante Frage ist, wie weit heute die deutsch-sowjetischen Beziehungen schon gediehen sein könnten, wenn

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mit zuzügl. MwSt und Versand.

Printed in Germany
on recycled paper
Kreuzkopf



Kohls Verhalten in den letzten drei Jahren einen sehr viel früheren Besuch möglich gemacht hätten.

Auf jeden Fall könnten wir schon Wegstrecken zurückgelegt haben, wo jetzt erst begonnen wurde.

Das zentrale Manko des Besuches ist, daß Kohl die für uns wesentliche Frage des Fortschritts auf dem Sektor der Abrüstung atomarer Kurzstreckenraketen offenbar sorgsam ausgeklammert hat.

Seine Aufgabe wäre aber genau das gewesen: zu sondieren, wie weit die Sowjetunion hier zu gehen bereit ist und auf Verhandlungen zu drängen.

Aber stattdessen ist die Bundesregierung weiterhin froh, wenn es bei dem Ansatz konventioneller Rüstungsreduzierung bleibt - mit der Folge, daß ausgerechnet in einer Zeit bisher einmaliger Abrüstungschancen die Atomrüstung in Mitteleuropa unberührt bleibt.

Nicht die USA und die Sowjetunion haben ein erstrangiges Interesse an der Abrüstung der Kurzstreckenraketen, sondern die Bundesrepublik und die DDR.

Wenn die Bundesregierung also dieses Eisen nicht anfassen will, wird es international nicht angefaßt werden.

Für das Kapitel der Abrüstungspolitik lautet deshalb das unbefriedigende Ergebnis der Moskauer Reise Kohls: vom Westen nichts neues.

(-/27.10.1988/rs/ks)

Profiliierung auf dem Rücken der Aussiedler

Zum Umgang der Union mit einem brennenden menschlichen Problem

Von Horst Sielaff MdB

Bundesvorsitzender des Zentralverbandes Mittel- und Ostdeutscher (ZMO)

Die UnionspolitikerInnen wollen sogar noch durch die Probleme der AussiedlerInnen parteipolitische Vorteile erzielen - eine Aktuelle Stunde mußte herhalten, um im Deutschen Bundestag über Meinungen zu diskutieren, nicht aber über die realen Mißstände.

Die Unionsparteien sind offensichtlich auch nicht fähig, zu differenzieren oder die eigenen Widersprüche, Ungereimtheiten und Unmenschlichkeiten zu erkennen. Selbstverständlich ist es eigenartig, wenn diejenigen, die Asylbewerber, die gefoltert worden sind, oder auf die Folterungen oder gar der Tod wartet, ausweisen, auf der anderen Seite meinen, allein die Bundesrepublik Deutschland sei das Heimatland der Deutschstämmigen in aller Welt.

Im übrigen war es der CDU-Rechtsaußen Lummer, der unterstellte, manch ein Ausreisewilliger würde zu guter Letzt auf einen deutschen Schäferhund zurückgreifen, um damit seine deutsche Abstammung zu belegen. Und wenn der CDU-MdL aus Nordrhein-Westfalen, Herr Doppmeier, fordert, daß Städte und Gemeinden mit hohem Zuzug von deutschen AussiedlerInnen von der Übernahmepflicht der Asylbewerber freigestellt werden sollen, dann wird mit den AussiedlerInnen eine Politik gegen Asylsuchende gemacht; sie werden gegeneinander aufgerechnet. Diese Art von politischer Mathematik wird negative Auswirkungen für beide haben - auf alle Fälle werden Vorurteile, auch gegen Deutsche, die hier teilweise als Ausländer angesehen werden, dadurch wachgerufen.

Die Unionsparteien machen einseitige Politik, ausgerichtet auf die Aussiedlung der Deutschen in Ost- und Südosteuropa; dabei wird in keiner Weise die Absicht erkennbar, auch das Bleiben derer, die ihre jetzige Heimat nicht verlassen wollen, zu unterstützen und zu erleichtern.

Die vielen Probleme, die durch die Aussiedlung entstehen, werden einfach ignoriert: wie will man die deutschen Wurzeln, die Träger und Übermittler deutscher Kultur, wie deutsche Schulen und Medien, langfristig sichern und überleben lassen, wenn die deutschen Menschen die Länder ihrer Väter und Mütter verlassen?

Wer denkt in der Union darüber nach, daß durch Aussiedlung wiederum ganze Familien- und Nachbarschaftseinheiten auseinandergerissen werden?

Wir Sozialdemokraten haben klare Beschlüsse zur Hilfe bei Eingliederung; wir unterstützen Familienzusammenführungen. Wir wollen aber nicht die Augen verschließen vor den Problemen, die durch einen Massenexodus entstehen.

Das Paradoxon besteht darin, daß ausgerechnet jetzt, da in vielen ost- und südosteuropäischen Ländern eine größere Liberalisierung zu erkennen ist, viele Menschen die erleichterten Bedingungen nicht zur Verbesserung ihrer heimischen Lebenssituation nutzen, sondern nun diese Länder zuhauf verlassen.

Vage Angaben von angeblich verfolgten Deutschen in den Ländern Ost- und Südosteuropas und die Hoffnung auf neue Wählerschichten werden von den Unionsparteien in einen Topf geworfen und daraus ihr politisches Süppchen gekocht. Die eigentlichen Probleme aber sieht man nicht.

(-/27.10.1988/rs/ks)

* * *

Die Züchtung von Menschen darf nicht sein

Die EG-Richtlinie „Analyse des menschlichen Genoms“ muß abgewehrt werden

Von Dr. Haidi Streletz MdL

Stellvertretende Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF)

Alarm ist wegen einer EG-Richtlinie zu schlagen, die in besonderer Weise die Anwendung der Genomanalyse - die Analyse aller Erbinformationen eines Menschen - vorsieht und in Kürze im Bundesrat und im EG-Ministerrat auf der Tagesordnung stehen wird.

Ich appelliere eindringlich an Ministerpräsident Wallmann, dafür zu sorgen, daß das Land Hessen dieser EG-Richtlinie im Bundesrat nicht zustimmt, sondern den Widerstand dagegen organisiert. Wallmann muß auch auf die Bundesregierung einwirken, damit sich auch diese gegen die EG-Richtlinie ausspreche.

In dem Entwurf der EG-Richtlinie heißt es unter dem Titel „Forschungsprogramm im Gesundheitsbereich - Prädikative Medizin - Analyse des menschlichen Genoms“:

„In den letzten Jahren wurde das Wissen über die Krankheiten, die auf die Vererbung eines einzigen schadhafte Gens zurückzuführen sind, stark erweitert, obwohl wir in den meisten Fällen noch sehr weit von einer Therapie entfernt sind.

Allerdings ist die Lage, was die gängigen Krankheiten wie Herzkrankgefäßerkrankungen, Diabetes, Krebs, Autoimmunkrankheiten, schwere Psychosen und andere bedeutende Krankheiten der westlichen Gesellschaft angeht, viel weniger eindeutig. Diese Störungen haben eine starke Umweltkomponente, und obwohl genetische Faktoren beteiligt sind, liegt hier kein klar erkennbares Erbmuster vor. Anders ausgedrückt, ist die Krankheit darauf zurückzuführen, daß von der genetischen Struktur her für diese Krankheit anfällige Personen oder Populationen bestimmten Umweltbelastungen ausgesetzt sind; die Krankheitsverhütung wird davon abhängen, inwieweit die Belastung der Populationen oder, was wahrscheinlicher ist, der anfälligen Personen vermindert werden kann. Da es höchst unwahrscheinlich ist, daß wir in der Lage sein werden, die umweltbedingten Risikofaktoren vollständig auszuschalten, ist es wichtig, daß wir soviel wie möglich über Faktoren der genetischen Prä-Disposition lernen und somit stark gefährdete Personen identifizieren können. Vorgeschlagen wird eine neue Art prädiaktiver Medizin, die darauf abzielt, Personen vor Krankheiten zu schützen, für die sie von der genetischen Struktur her äußerst anfällig sind und gegebenenfalls, die Weitergabe der genetischen Disponiertheit an die folgende Generation zu verhindern.“

Dies bedeutet konkret:

1. Weil man Umweltgifte nicht ausschalten kann, muß der Mensch angepaßt werden.
2. Menschen mit erheblich festgestellten Anfälligkeiten werden aussortiert, dürfen keine Kinder haben (Zwangsterilisation?). Sollen sie isoliert werden?
3. Datenschutz und Personenschutz finden nicht mehr statt.
4. Erbgesunde Völker soll es geben - wer stellt die Grenze zwischen Normalität und Krankheit fest?

Diese EG-Richtlinie bedeutet Eugenik und Menschenzucht. Gerade aus unserer Kenntnis der nationalsozialistischen Menschenversuche müssen wir Deutsche verhindern, daß hier ein Programm in Kraft gesetzt wird, das unter anderem Namen und unter anderen Bedingungen die Züchtung von Menschen zum Ziel hat. Die EG-Richtlinie darf nicht Wirklichkeit werden. (v/27.10.1988/rs/ks)

Asylbewerberinnen werden in Bayern zu Müttern zweiter Klasse gemacht

Sozialminister Glück mißachtet einstimmigen Beschluß des Landtags

Von Hedda Jungfer MdL

Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag

Einstimmig hatte der Bayerische Landtag auf Initiative der SPD-Fraktion am 16. Juni dieses Jahres beschlossen, daß Mütter, die um Asyl nachsuchen, bei Leistungen der Stiftung „Hilfe für Mutter und Kind“ gleich behandelt werden sollen wie bedürftige deutsche Mütter. Dieses eindeutige Votum des Parlaments mißachtet jetzt der bayerische Sozialminister Gebhard Glück: Der CSU-Staatsminister degradiert schwangere Asylbewerberinnen auch weiterhin zu Müttern zweiter Klasse.

In einem Bericht an den Landtag rechtfertigt der CSU-Minister die unterschiedliche Behandlung, die er beibehalten will. Zwar würden die Leistungen der Landesstiftung allgemein nicht schematisch, sondern nach den Bedürfnissen des Einzelfalles gewährt. Dies könne jedoch nicht für schwangere Asylbewerberinnen gelten, „die in der Regel in Wohnheimen leben“, betont der Sozialminister. „So kommen schon aufgrund der Wohnverhältnisse Möbel oder Haushaltsgeräte nicht in Betracht.“ Eine weitere Besonderheit bei Asylbewerberinnen sei, so Glück weiter, daß sie nur ein kleines Taschengeld erhalten und es sehr problematisch werde, wenn sie plötzlich über größere Summen verfügten. Dies führe zu Neid, Mißgunst, manchmal auch zu gewalttätigen Auseinandersetzungen in den Wohnheimen.

Dies also die scheinbar fürsorgliche, tatsächlich aber zynische Begründung des Sozialministers für die Schlechterstellung dieser Mütter und dafür, daß man ihnen kein Geld in die Hand geben könne.

Eine derartige, die Mütter verachtende Haltung können wir Sozialdemokraten nicht begreifen. In einem Brief an den CSU-Minister habe ich gefordert, den Grundsatz der Gleichbehandlung auch und gerade bei werdenden Müttern anzuwenden. Ich schrieb: „Wir dürfen die Barmherzigkeit nicht gerade denen verweigern, die es besonders schwer haben. Die Tatsache, daß es Asylbewerberinnen schlechter geht als anderen Frauen, darf doch nicht dazu führen, daß sie deswegen weniger erhalten von Leistungen, die Hilfen in Not darstellen sollen.“ Der Sozialminister ist aufgefordert, seine Haltung schnellstens zu revidieren. Schwangeren-Beratungsstellen muß es künftig möglich sein, bei allen Müttern nach individueller Bedürftigkeit zu entscheiden. (-/27.10.1988/rs/ks)

DOKUMENTATION

Erinnern für die Zukunft

Hamburger Bürger, darunter etliche SPD-Mandatsträger, und Organisationen, darunter die Aktion Sühnezeichen, haben aus Anlaß des 50. Jahrestages der Reichspogromnacht einen Aufruf verabschiedet, den wir im Wortlaut dokumentieren.

Vor 50 Jahren, in der Nacht vom 9. zum 10. November 1938, fand im ganzen damaligen Deutschen Reich ein staatlich organisierter Massenpogrom statt. Er richtete sich gegen alle Juden. Ihre Synagogen wurden unter Aufsicht der Feuerwehr niedergebrannt und ihre Geschäfte verwüstet und geplündert. Alters- und Waisenheime wurden nicht verschont. Die Polizei sah zu, die Justiz verfolgte keine der Gewalttaten und keinen der zahlreichen Morde. Mehr als 20.000 Juden wurden allein am 9. und 10. November 1938 verhaftet, Tausende in Konzentrationslager verschleppt, viele gefoltert und erschlagen.

Auf dem Weg zu dem Pogrom stand die schrittweise Entrechtung der Juden, die Nürnberger Rassengesetze, das Verbot der Ausübung von Berufen und die „Arisierung“ genannte Enteignung der Juden, an der sich viele Unternehmer schamlos bereicherten.

Ein großer Teil unseres Volkes hat die gesellschaftliche Ausgrenzung der jüdischen Bevölkerung mitgetragen. Es hat den staatlichen Terror und das sanktionierte Verbrechen hingenommen. Die Nationalsozialisten konnten an verbreitetes völkisches Gedankengut anknüpfen, das alle Menschen in „gute Deutsche“ und „minderwertige Menschen“ einteilte. Mit Einverständnis ihrer konservativen Steigbügelhalter zerschlugen sie als erstes die Organisationen der deutschen Arbeiterbewegung. Tausende wurden ermordet, Zehntausende in Konzentrationslager verschleppt, in die Illegalität oder in das Exil getrieben. Alle oppositionellen Christen, Kommunisten, Liberale, Sozialdemokraten und Gewerkschafter wurden zu Volksfeinden erklärt.

Die Pogromnacht war der vorläufige Höhepunkt auf dem Weg zum Massenmord. Sie sollte die Hemmschwelle in der Bevölkerung für das weitere gewaltsame Vorgehen der Nationalsozialisten senken. Sie bereitete zum Angriffskrieg und zur Unterjochung aller Nachbarvölker, zum millionenfachen Massenmord an Juden, Roma und Sinti, Behinderten, Kranken, Homosexuellen und allen anderen vor, die außerhalb der „Volksgemeinschaft“ gestellt worden waren.

Wir wollen der Opfer der Pogromnacht gedenken. Gedenken heißt für uns auch: Aus der Geschichte lernen, unsere Verbundenheit mit allen Opfern des faschistischen Terrors zum unverzichtbaren Bestandteil unserer politischen Kultur zu machen, sensibel zu sein für politische Entwicklungen heute, für Unterdrückung und Ausgrenzung.

Nicht aus der Geschichte lernen, beschwört die Gefahr neuer autoritärer Herrschaft herauf.

Antisemitische Übergriffe auf jüdische Menschen und Einrichtungen, Brandanschläge auf Roma und Sinti in Bergedorf, Anschläge auf türkische Läden u.a. in Wilhelmsburg und Altona, die Ermordung von Ramazan Avci, tätliche Angriffe auf Aids-Infizierte... Das gibt es bereits heute.

Die Übergriffe zeigen, wie wenig aus der Geschichte gelernt worden ist. Sie sind in einem gesellschaftlichen Klima möglich, in dem

1. rassistisches und autoritäres Gedankengut wieder auflebt, Gentechnologen und Bevölkerungspolitiker ungehindert an einer Utopie des „Neuen Menschen“ arbeiten können.
2. Menschen sich öffentlich durch antisemitische Äußerungen hervortun.
3. Flüchtlinge und Immigranten systematisch entrechtet und abgeschoben, für Arbeitslosigkeit und Kriminalität verantwortlich gemacht werden.
4. Menschen nur aufgrund einer Krankheit ihrer Rechte beraubt und kriminalisiert werden.
5. Im Zeichen von Aids Zwangsunterbringungen von Betroffenenengruppen diskutiert wird und umfassende neue Diskriminierungen von Homosexuellen gerechtfertigt werden.
6. Neofaschistische Gruppen Propaganda treiben und Übergriffe durchführen können und deren Aktivitäten von Behörden häufig toleriert und heruntergespielt werden.
7. Historiker bestrebt sind, nationalsozialistische Verbrechen zu relativieren und rehabilitieren und führende Politiker einen „Schlußstrich“ ziehen wollen.
8. Eine Eingrenzung des demokratischen Handlungsraums von Bürgern erfolgt, u.a. durch die neuen „Sicherheitsgesetze“ und
9. unverhohlen geistig und militärisch Aufrüstung betrieben wird.

Wir fordern dazu auf, sich am 9. November der Opfer des Nationalsozialismus zu erinnern, unserer Geschichte bewußt zu werden und jeder Form von Ausgrenzung und Geschichtsklitterung entgegenzutreten, sich für die Würde des Menschen, den Erhalt des Friedens, die Entwicklung der Demokratie einzusetzen.

(-/27.10.1988/rs/ks)

* * *